



Netanyahus außenpolitische Grundsatzrede – Kein Fortschritt im Friedensprozess, statt dessen alter Wein in neuen Schläuchen

von Dr. Ralf Hexel, FES Israel

26. Juni 2009

1. Seit Barack Obamas Kairo-Rede steht Benjamin Netanyahu unter großem politischen Druck. Er muss sich entscheiden, ob er Partner auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung mit den Palästinensern sein will oder sich einer solchen Entwicklung verweigert.
2. Die außenpolitische Grundsatzrede an der Bar Ilan Universität ist Netanyahus Antwort: eine neue Friedensrhetorik benutzt er als Verpackung für die alte Kompromisslosigkeit in den Endstatusfragen: kein Stopp der Siedlungstätigkeit und keine Teilung Jerusalems.
3. Die große Mehrheit der Bevölkerung und fast alle politischen Parteien Israels unterstützen Netanyahus Positionen. Der in den Knessetwahlen im Februar deutlich gewordene Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft findet in dieser Rede sein politisches Programm.
4. Die arabische Welt und die Palästinenser lehnten die Rede als inakzeptabel ab. Präsident Obama äußerte sich zufrieden, forderte aber weitere Schritte, während in der EU und ihren Mitgliedsländern Skepsis und Kritik überwogen.
5. Kurzfristig ist die Rede ein politischer Erfolg für Netanyahu. Bevölkerung und Regierung in Israel stehen geschlossen hinter ihm, die Beziehungen zu den USA haben sich beruhigt. Aber ein Verhandlungsangebot an die Palästinenser in Richtung Frieden ist die Rede keines Falls.

In seiner am 4. Juni gehaltenen Kairo-Rede an die muslimische Welt ließ US-Präsident Barack Obama keinen Zweifel daran, dass Frieden im Nahen Osten für ihn nur über die Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Friedensprozess erreichbar ist. Er forderte Israel deshalb - als ersten Schritt in diese Richtung - zu einem kompletten Stopp aller Siedlungsaktivitäten in der Westbank auf. Von der Hamas verlangte er die Abkehr

von der Gewalt und die Anerkennung Israels. Er machte deutlich, dass - anders als bei seinem Vorgänger George Bush jr. - der Nahost-Konflikt von Anfang an ganz oben auf seiner politischen Agenda steht.

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu steht seit Obamas Rede unter erheblichem politischen Druck. Dies gilt sowohl im Verhältnis zu den USA, dem

wichtigsten Bündnispartner und Freund Israels, als auch innenpolitisch gegenüber seinen rechten Koalitionspartnern und dem von Benjamin Begin - dem Sohn Menachem Begins - geführten rechten Flügel in seiner eigenen Partei, dem Likud. Während Präsident Obama schon bald konkrete Schritte und Ergebnisse in Richtung Zwei-Staaten-Lösung sehen will, lehnen Netanyahus Bündnispartner Zugeständnisse an die Palästinenser und die arabischen Nachbarn ab und plädieren für eine Fortsetzung der Siedlungspolitik und der Nichtanerkennung der Zwei-Staaten-Lösung. Netanyahu steht vor der Option, auf dem Weg zu einer Friedenslösung zum Partner der US-Regierung zu werden oder aber eine Politik zu verfolgen, die sich dem entgegenstellt.

Politischer Balanceakt zwischen Washington und Jerusalem

Diese Konstellation verlangt einen politischen Balanceakt. Netanyahu weiß, dass sich kein israelischer Ministerpräsident auf Dauer dem aus Washington vorgegebenen politischen Kurs verweigern kann. Geht er echte Schritte in Richtung Zwei-Staaten-Lösung, wird sehr wahrscheinlich seine Regierungskoalition zerbrechen. Tut er dies nicht, riskiert er einen Konflikt mit den USA und wachsenden politischen Druck aus Washington. Aber auch Präsident Obama geht ein nicht geringes Risiko ein. Mit seiner Kairo-Rede hat er eine große Erwartungshaltung in der arabischen Welt und bei den Palästinensern erzeugt. Diese Erwartungen sowie seine politische Glaubwürdigkeit messen sich ab jetzt an konkreten Veränderungen und Ergebnissen vor Ort. Auf das Erreichen dieser Veränderungen hat Obama aber nur einen begrenzten Einfluss, denn dafür braucht er Partner in der Region. Auf der israelischen Seite heißt dieser Partner bis auf weiteres Benjamin Netanyahu.

Genau zehn Tage nach Obamas Rede in Kairo hielt Netanyahu am 14. Juni am Begin-Sadat Center for Strategic Studies der Bar-Ilan Universität, seine mit großer Spannung erwartete Grundsatzrede zur zukünftigen Politik seiner Regierung im Nahost-Friedensprozess. Der Ort war mit Bedacht gewählt und sollte deutlich machen, an wem sich Netanyahu messen lassen will: an Menachem Begin und Anwar Sadat, die 1979 den historischen Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel aushandelten.

Friedensrhetorik aber Kompromisslosigkeit in den Endstatusfragen

Netanyahu begann seine Rede mit der Mahnung, dass die größte Gefahr für Israel, den Nahen Osten und die Welt insgesamt vom Iran ausgehe angesichts der von dort drohenden Verbindung von radikalem Islam und nuklearen Waffen. Dann wandte er sich ausführlich dem israelisch-palästinensischen Verhältnis zu und machte das Angebot, ohne Vorbedingungen umgehend mit bilateralen Verhandlungen zu beginnen. Zu den Kernfragen des Friedensprozesses, den Endstatusfragen, machte er dann - seinerseits klare Bedingungen formulierend - die folgenden Aussagen:

1) Zwei-Staaten-Lösung:

Nachdem Netanyahu es bisher abgelehnt hatte, die Zwei-Staaten Lösung zum Ziel seiner Politik zu machen und statt dessen immer wieder von „ökonomischem Frieden“ als Voraussetzung eines später vielleicht möglichen politischen Friedens sprach, benutzte er nun erstmals seit seiner Amtsübernahme die Formel eines „demilitarisierten palästinensischen Staates“ an der Seite Israels. Voraussetzung dafür sind für ihn die folgenden zwei Bedingungen: a) klare Garantien für die Demilitarisierung und für Israels Sicherheitsbedürfnisse und b)

die Anerkennung Israels als Staat des jüdischen Volkes.

2) *Zukunft Jerusalems:*

„Jerusalem muss die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben“. Mit dieser Aussage schließt Netanyahu es aus, dass Jerusalem auch die Hauptstadt eines zukünftigen palästinensischen Staates wird.

3) *Siedlungen:*

Zu dem von Präsident Obama geforderten sofortigen Stopp aller Siedlungstätigkeiten sagte Netanyahu lediglich: „wir haben nicht die Absicht, neue Siedlungen zu bauen oder Landenteignungen für bestehende Siedlungen vorzunehmen.“ Damit machte er deutlich, dass er nicht gewillt ist, auf den Ausbau bestehender Siedlungen, also auf das so genannte „natürliche Wachstum“ zu verzichten. Er dokumentierte seine Unterstützung für die Siedler, indem er sagte, dass diese „keine Feinde des Friedens“ seien. Eine Ankündigung für die Räumung von bestehenden Siedlungen oder Siedlungsaußenposten gibt es in der Rede nicht.

4) *Flüchtlingsfrage:*

Jede Art von Verhandlungen zu dieser Frage von vornherein ausschließend, forderte er die Araber dazu auf, das palästinensische Flüchtlingsproblem so zu lösen, wie Israel es mit der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus den arabischen Ländern vorgemacht habe. Er sagte weiterhin: „Gerechtigkeit und Logik verlangen es deshalb, dass das Problem der palästinensischen Flüchtlinge außerhalb der Grenzen Israels gelöst wird.“

Diese Positionierungen zu den Endstatusfragen bettete Netanyahu ein in einen sehr moderaten Ton, wobei er immer wieder den Frieden beschwor. Er begann seine Rede mit dem Wort Frieden, benutzt es dann weitere 40 Mal und beendete die Rede damit. Die Frage

ist jedoch, ob die in dieser Rede deklarierte Friedensbereitschaft in der Substanz tatsächlich ein ernstzunehmendes Friedensangebot an die Palästinenser ist und ob sie dem anspruchsvollen Vergleich mit dem mutigen Friedensabkommen zwischen Begin und Sadat vor genau 30 Jahren standhält. Oder ob er in dieser Rede nicht vor allem seine bereits früher vertretenen Positionen wiederholte, die er nun, angesichts des starken Drucks aus Washington und einer veränderten regionalen Dynamik lediglich in einer neuen Verpackung verkaufte, so wie alten Wein in neuen Schläuchen.

Breite Unterstützung in Israel

Zwei Tage nach der Rede veröffentlichte die linksliberale Zeitung „Haaretz“ die Ergebnisse einer Umfrage zur Reaktion der israelischen Bevölkerung auf Netanياهو Ansprache. Danach stimmen 71% der Israelis seinen Aussagen zu. Selbst 49% der Anhänger der oppositionellen Kadima-Partei von Tzipi Livni unterstützen ihn. In der eigenen Partei, dem Likud, stimmen 90% der Mitglieder seiner Rede zu. In der Bevölkerung stiegen seine Sympathiewerte unmittelbar nach der Rede um 16% auf 44% Zustimmung.

Zugleich vermeldete das Massenblatt „Israel Hayom“, dass 58% der Bevölkerung gegen den von den USA geforderten Baustopp in den Siedlungen seien und 63% nicht daran glaubten, dass man ein Friedensabkommen mit den Palästinensern erzielen könne. Hier findet sich die Erklärung dafür, dass die große Mehrzahl der Israelis die von Netanyahu formulierten Bedingungen für Frieden und für die Schaffung eines Palästinenserstaates unterstützt. Seine Rede spiegelt einen breiten Konsens in der israelischen Gesellschaft wider: Die Menschen wollen Frieden, haben aber

nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses, der Gewalt der zweiten Intifada und dem Raketenbeschuss durch die Hamas aus dem Gazastreifen den Glauben daran verloren, dass Frieden tatsächlich möglich ist. In der Gesellschaft sinkt die Bereitschaft und damit die Fähigkeit, die für einen Friedensschluss erforderlichen Kompromisse mit den Palästinensern einzugehen. Netanyahu nimmt diese Stimmung und Tendenz auf. Er kann sich eines breiten Rückhalts in der Bevölkerung gewiss sein, wenn er sich weigert, die Siedlungsaktivitäten einzustellen oder Jerusalem als Hauptstadt mit den Palästinensern zu teilen. Eine Mehrheit der Israelis ist inzwischen der Meinung, dass nur die israelische Rechte mit ihren unnachgiebigen Positionen erfolgversprechende Friedensverhandlungen führen kann, während die Linke die Sprache des Nahen Ostens nicht verstehe. Der mit den Knessetwahlen im Februar diesen Jahres deutlich gewordene Rechtsruck in der israelischen Gesellschaft findet in Netanyahus Rede sein klar formuliertes politisches Programm.

Ein weiterer Grund, warum die Rede in Israel so positiv aufgenommen wurde, ist ihr vermeintlich moderater Ton und der stets wiederholte Appell an den Frieden, während gleichzeitig die Palästinenser als diejenigen dargestellt werden, an denen der Frieden immer wieder scheitert.

Aber nicht nur die Bevölkerung applaudierte Netanyahu für diese Rede. Auch die Vertreter fast aller politischen Parteien - mit Ausnahme der arabischen - begrüßten sie. Weder von Oppositionsführerin Livni noch von Vertretern der Arbeitspartei war Kritik zu hören. Sie alle stimmen im Wesentlichen mit den von Netanyahu formulierten Positionen überein. Lediglich einige wenige Vertreter der Linken und kritische Intellektuelle wie der frühere Meretz-Vorsitzende Yossi Sarid oder der Schriftsteller David

Grossman äußerten öffentliche Kritik. Sarid attestierte Netanyahu Versagen und bezeichnete die Rede als „eine zögerliche, gewundene und angsterfüllte Vision der Zukunft“ mit der das Ziel eines „palästinensischen Staates“ niemals erreicht würde.

Auch in 1000 Jahren keinen jüdischen Staat

Die Reaktionen in der arabischen Welt waren ausnahmslos negativ. Ägyptens Präsident Hosni Mubarak wird folgendermaßen zitiert: „Niemand in Ägypten oder anderswo kann Netanyahus Forderung akzeptieren, Israel als den Staat der Juden anzuerkennen.“ Netanyahu, so wird berichtet, habe Mubarak daraufhin umgehend angerufen, um ihm die Inhalte der Rede zu erläutern. Und die jordanische Zeitung Al-Arab Al-Yawm schrieb, dass die Definition Israels als jüdischer Staat die Absicht zeige, 1,5 Mio. Palästinenser (gemeint sind die Palästinenser in Israel, R.H.) ins Exil zu schicken.

Die führenden Vertreter der PLO lehnten Netanyahus Rede heftig und einhellig ab. Chefunterhändler Saeb Erekat sagte, dass die Araber Israel auch in 1000 Jahren nicht als jüdischen Staat anerkennen würden. Yasser Abed Rabo, Sekretär des PLO-Exekutivkomitees, nannte Netanyahu einen Lügner und Betrüger. So verständlich die ablehnende Reaktion führender Palästinenser sein mag, sie müssen sich die Frage gefallen lassen, welches eigene Konzept sie haben, welche praktischen Gegenvorschläge sie zu Netanyahus Politik anbieten können. Auch die Palästinenserführung steht vor der Herausforderung, realistische Politikansätze zu entwickeln und neue Wege zu gehen.

So nimmt z.B. Abdallah Frangi, lange Jahre Vertreter der PLO in Deutschland

und jetzt Leiter der außenpolitischen Abteilung der Fatah in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung eine differenziertere Analyse von Netanyahus Rede vor. Er charakterisierte sie insgesamt als Bluff, gestand aber ein, dass die magischen Worte vom palästinensischen Staat gefallen seien. Trotzdem sei die Rede unannehmbar. Für ihn und die Palästinenser sei die Formel des „jüdischen Charakters“ des israelischen Staates angesichts von mehr als 20% arabischen Bürgern in Israel - Muslimen und Christen - nicht akzeptabel. Genauso wenig die Aussagen über Jerusalem. Die Heilige Stadt, die einer der schwierigsten Verhandlungsgegenstände sei, einseitig als „ewige und ungeteilte Hauptstadt des Staates Israel“ zu deklarieren, sei für keine palästinensische Führung akzeptabel. Und während die Siedlungen für die Palästinenser jede Idee eines lebensfähigen eigenen Staates unmöglich machten, seien die Siedler für Netanyahu kein Hindernis auf dem Weg zum Frieden. Verhandlungen nur um des Friedens willen, jedoch zu inakzeptablen Bedingungen, so Frangi, seien kein Schritt in die richtige Richtung.

Obama zufrieden, Europa skeptisch

Barack Obama äußerte sich zurückhaltend positiv zu Netanyahus Rede. Er sagte: „Insgesamt handelt es sich um einen positiven Schritt. Nun ist die Gelegenheit gegeben, ernsthafte Gespräche zu beginnen.“ Er wiederholte die Notwendigkeit der Einstellung des Siedlungsbaus, forderte aber auch die Palästinenser auf, ihren Pflichten zu erfüllen, um den Friedensprozess fortzusetzen. Ein Sprecher des Weißen Hauses teilte weiterhin mit: „Der Präsident ist der Meinung, es sei noch ein weiter Weg zum Frieden, mit vielen Wendungen und Hindernissen. Er ist jedoch mit den bisher erzielten Fortschritten zufrieden,

einschließlich der Rede des Ministerpräsidenten.“

Anders als diese gemäßigt positive Einschätzung aus Washington klangen die Reaktionen aus Europa. Direkt am Tag nach Netanyahus Rede trafen sich die EU-Außenminister in Luxemburg, um über die Höherstufung der Beziehungen mit Israel zu entscheiden. Die Kooperation war nach dem Gaza-Krieg zu Beginn des Jahres auf Eis gelegt worden und sollte neu beraten werden. Die EU macht ihre Entscheidung von Fortschritten im israelisch-palästinensischen Friedensprozess abhängig. Die Außenminister bewerteten Netanyahus Rede zwar als „Schritt in die richtige Richtung“, entschieden jedoch, dass die getroffenen Aussagen nicht ausreichten und forderten weitere israelische Maßnahmen. Der schwedische Außenminister Carl Bildt - Schweden wird am 01. Juli die EU-Präsidentschaft übernehmen - äußerte Zweifel daran, ob das, was Netanyahu beschrieben hat, als Staat bezeichnet werden könne. Italiens Außenminister Franco Frattini beunruhigte, dass Netanyahu den Siedlungsstopp nicht erwähnte und Jerusalem als vereinigte Hauptstadt Israels bezeichnete. Auch Javier Solana, Außenbeauftragter der EU, äußerte sich zurückhaltend: „Die Tatsache, dass eine Likud-Regierung zum ersten Mal die Zwei-Staaten-Lösung offiziell anerkennt, ist ein Schritt in die richtige Richtung.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in Berlin zu Netanyahus Rede: „Dies war ein erster und wichtiger Schritt in Richtung der Zwei-Staaten-Lösung“. Insgesamt sind die EU-Staaten geteilter Meinung über die Höherstufung der Beziehungen mit Israel. Während z. B. Tschechien, Deutschland, Rumänien und Italien eine Höherstufung befürworten, lehnen Belgien, Schweden, Portugal und Irland dies ab, solange Israel den Siedlungsbau nicht einstellt und die Sanktionen gegen den Gaza-Streifen nicht lockert.

Keine Bereitschaft zu Kompromissen

Schaut man sich die Aussagen Netanyahus zu den einzelnen Endstatusfragen in ihrer Substanz an, dann wird deutlich, dass er den Palästinensern nur in einem Punkt tatsächlich entgegengekommen ist. Mit der Formel eines „demilitarisierten palästinensischen Staates“ hat er erstmals anerkannt, dass ein selbständiger palästinensischer Staat integraler Bestandteil einer Nahost-Friedenlösung sein muss. Zugleich hat er aber, während er die Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen anbietet, in der Jerusalemfrage, den Siedlungen und der Flüchtlingsfrage Bedingungen formuliert, die es den Palästinensern nur schwer möglich macht, positiv auf die Rede zu reagieren und sie als Grundlage für den Beginn von Verhandlungen anzunehmen. Netanyahu hat sich zu Beginn seiner Rede mit Menachem Begin und Anwar el-Sadat verglichen. Aber anders als diese ist er nicht - noch nicht? - bereit und in der Lage, auf seine Verhandlungspartner zuzugehen und ihnen echte Kompromisse anzubieten. Er sieht in den Siedlungen kein Hindernis für den Frieden und beansprucht Jerusalem als ungeteilte Hauptstadt für Israel. Den in seiner Rede so oft beschworenen Frieden wird er auf diesem Weg nicht erreichen.

In Netanyahus Rede finden sich außerdem keinerlei Verweise darauf, dass die 2002 von der Arabischen Liga vorgeschlagene Friedensinitiative, die inzwischen in ihren Grundzügen auch von den USA unterstützt wird, für ihn ein möglicher Ansatz für eine Friedenslösung darstellen könnte. Er negiert die mit der arabischen Friedensinitiative verbundene neue regionale Dynamik und setzt stattdessen weiterhin auf einen bilateralen Verhandlungsprozess zwischen Israelis und Palästinensern. Nach dem Scheitern des Oslo-Prozesses, der Gewalt der zweiten Intifada, der Ergeb-

nislosigkeit von Annapolis und schließlich dem Gaza-Krieg kann aber kaum noch ein Zweifel daran bestehen, dass Israelis und Palästinenser allein zum Frieden nicht in der Lage sind. Ihr Konflikt ist Teil des Nahost-Konflikts und kann nur regional gelöst werden. Der regionale Ansatz der arabischen Friedensinitiative eröffnet hierfür einen viel versprechenden Weg.

Der Kern dieser Initiative besteht darin, dass die 22 Mitgliedsländer der Arabischen Liga Israel gegen den Rückzug aus den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten Frieden und diplomatische Anerkennung anbieten. Weitere zentrale Punkte des Plans sind die Schaffung eines palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und eine „gerechte Lösung“ für das Flüchtlingsproblem. Israel lehnte die Initiative bisher stets ab. Das Hauptargument war, dass mit der Rückkehr der Flüchtlinge der jüdische Charakter des israelischen Staates zerstört würde, dass die Juden zu einer Minderheit im eigenen Land würden. Hierbei wird aber das neue, kreative Moment der Initiative übersehen. Im Gegensatz zu allen früheren Konzepten fordert sie nicht mehr das unbedingte Rückkehrrecht, sondern eine „gerechte Lösung“ für die Flüchtlinge – womit auch Kompensationszahlungen in Frage kämen.

Fazit

Kurzfristig ist die Rede ein politischer Erfolg für Netanyahu. Die von ihm definierten Vorbedingungen für die Schaffung eines palästinensischen Staates - Demilitarisierung und Anerkennung Israels als jüdischer Staat - finden die Unterstützung der großen Mehrheit der Bevölkerung und fast aller politischen Kräfte seines Landes. Seine Regierung steht hinter ihm, und es ist ihm gelungen, die Beziehungen zu den USA vor-

erst zu beruhigen. Barack Obama hat in seiner Reaktion auf die Rede auch deutlich gemacht, dass er nun konkrete Maßnahmen der Israelis erwartet. Netanyahu hat eine Rede gehalten, in der er ständig von Frieden sprach und den Palästinensern erstmals einen eigenen Staat zugestand. Jedoch hat er ihnen kein einziges neues Verhandlungsangebot in Richtung Frieden gemacht. Aber vermutlich waren sie sowieso nicht deren Adressat, sondern in erster Linie der amerikanische Präsident, die Bevölkerung Israels und die jüdische Gemeinschaft in den USA.

Die erste Hürde hat Netanyahu damit genommen. Aber nun kommt der nächste, weit schwerere Schritt: die Umsetzung dieser Rede in praktische Politik. Dann wird er Entscheidungen treffen müssen wie z.B. zur Räumung der so genannten „illegalen Siedlungsausposten“. Darauf drängen nicht nur die USA und die europäischen Partner, Israel selbst hat sich dazu 2003 mit der Zustimmung zur Roadmap verpflichtet. Dann wird sich zeigen, ob die Stabilität der bestehenden Koalition oder das Verhältnis zu den USA für ihn Priorität hat. Sollte es in seiner Regierung und mit dem rechten Flügel des Likud zu einer Krise kommen, hat Netanyahu die Option, Kadima oder Teile von Kadima in seine Koalition aufzunehmen.

Die Reaktionen aus Washington und Brüssel zeigen, dass die früheren Divergenzen im Umgang mit Israel - Kritik aus Europa und Verständnis aus den USA - offenbar nicht mehr existieren. Die Amerikaner und die Europäer vertreten in-

zwischen sehr ähnliche Positionen im Umgang mit Israel. Das ist eine neue Situation.

Die Reaktionen aus Washington und aus Europa zeigen auch, dass in den kommenden Wochen sehr wahrscheinlich die israelische Siedlungspolitik im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stehen wird. Netanyahu hat angedeutet, dass er bereit ist, in dieser Frage einem Konflikt mit den USA nicht aus dem Wege zu gehen. Er weiß, dass auch Obama unter Erfolgsdruck steht und ihn braucht, um Fortschritte zu erreichen. Diesen Spielraum wird er optimal zu nutzen versuchen. Die breite Unterstützung der Bevölkerung und fast aller politischen Kräfte des Landes wird er dabei als gewichtiges Argument ins Feld führen. Was ihn möglicherweise erwartet, zeigt der folgende, von der israelischen Tageszeitung Ma'ariv zitierte drastische Ausspruch von George Mitchell, Obamas Nahost-Beauftragten. Dieser hatte angesichts der Tatsache, dass Israel trotz aller Friedensverhandlungen in den vergangenen 15 Jahren seine Siedlungsaktivitäten niemals wirklich gestoppt hat, gesagt: „Unsere Politik ist einfach: Die Israelis haben uns jahrelang angelogen, und jetzt ist damit Schluss.“

In den kommenden Wochen und Monaten wird sich zeigen, wie ernst es den Amerikanern mit dieser neuen Politik ist. Aber nun ist Netanyahu am Zug. Nach seiner Rede muss er konkrete Maßnahmen ergreifen. Als erstes werden von ihm substanzielle Schritte in der Siedlungsfrage erwartet.

Ansprechpartnerin: Annette Lohmann, Tel: 030 / 26 935-7423, E-Mail: Annette.Lohmann@fes.de
Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Entwicklungszusammenarbeit, Referat Naher/Mittlerer Osten & Nordafrika, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin
Sie finden den Hintergrundbericht zum Herunterladen sowie Informationen zur Arbeit der FES in der Region auf <http://www.fes.de/nahost>